

Rechtsanwalt Noll, Meinekestraße 7, 10719 Berlin

vorab per Fax: (0511) 120 - 5183

Niedersächsisches Justizministerium
- Frau Ministerin Niewisch-Lennartz -
Am Waterlooplatz 1

30169 Hannover

Berlin, 24. Februar 2014

Ermittlungsverfahren gegen Sebastian Edathy

Sehr geehrte Frau Ministerin Niewisch-Lennartz,

die am 17. Februar 2014 erhobene Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Leiter der Staatsanwaltschaft Hannover, Herrn Dr. Fröhlich, habe ich wie folgt zu ergänzen:

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ berichtete in ihrer gestrigen Ausgabe auf Seite 6 über Details aus der Ermittlungsakte. So führte die „FAS“ aus, es sei „im BKA-Vermerk in einer Tabelle aufgelistet“, was Herr Edathy bestellt habe. Es folgen die Namen mehrerer Filmtitel, die öffentlich nicht bekannt waren. Sodann zitiert die „FAS“ wörtlich aus einem Vermerk des BKA vom 09.11.2012 (Bl. 1 ff.). In dem Artikel ist sogar davon die Rede, dass sich in einem Sonderheft Screenshots aus bestelltem Material befänden. Es ist hiernach offensichtlich, dass der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ die gesamte Akte zur Verfügung gestellt worden sein muss.

Die nunmehr nicht mehr zu bestreitende Herausgabe von Details und Unterlagen aus der Ermittlungsakte stellt ein strafbares Handeln dar, nämlich eine Verletzung von Dienstgeheimnissen nach den §§ 353 b Abs. 1, 203 Abs. 2 StGB. Es wird Strafantrag gestellt und beantragt, eine Strafverfolgungsermächtigung nach § 353 b Abs. 4 StGB zu erteilen. Die erste Strafanzeige vom 11. Februar 2014 sowie eine Aktualisierung um die jüngst bekanntgewordenen Verletzungen von Dienstgeheimnissen lasse ich Ihnen mit einem gesonderten Schreiben zukommen.

Der Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ stellt eine Rechtfertigungsschrift der Ermittlungsbehörden dar. Diesseits ist nicht bekannt, dass die „FAS“ offiziell in eine Pressepostille der niedersächsischen Justiz umfunktioniert worden wäre. Genauso wenig ist bekannt, dass Ermittlungsbeamte Straftaten begehen dürfen.

Die Staatsanwaltschaft Hannover und die vorgesetzte Generalstaatsanwaltschaft Hannover haben jedes Maß verloren. Schon im Oktober und November hatten das BKA und die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main die von Herrn Edathy vorgenommenen Bestellungen als strafrechtlich irrelevant eingestuft. Sogar der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Hannover nannte die Beweislage in seiner Pressekonferenz vom 14. Februar 2014 „zu dünn“. Der Vorgang hätte daher schon Anfang November geschlossen werden müssen.

Noch am vergangenen Donnerstag teilte der sachbearbeitende Oberstaatsanwalt in einem Telefonat mit dem Unterzeichner mit, die Staatsanwaltschaft Hannover werfe Herrn Edathy in Bezug auf die Bestellungen in Kanada gar kein strafbares Verhalten vor.

Es ist nach alledem unerträglich, dass die Ermittler nach der unsäglichen Pressekonferenz vom 14. Februar 2014 nunmehr sogar versuchen, sich mittels der Begehung einer Straftat öffentlich zu rechtfertigen.

Die Staatsanwaltschaft hat den Bogen endgültig überspannt.

Es wird darum ersucht, sämtliche bisher mit den Ermittlungen betrauten Personen von diesen abziehen, insbesondere die Staatsanwaltschaft Hannover, aber auch die weisungsbefugte Generalstaatsanwaltschaft Celle, mit welcher sich die Staatsanwaltschaft nach ihren eigenen Angaben abgestimmt hat.

Hochachtungsvoll

Christian Noll
Rechtsanwalt